



Inhalt dieser Ausgabe:

- Editorial
- Neues von der politischen Ebene
- Neues aus den Regionen
- Schwerpunkt: Wie begegnen Regionen der Oder-Partnerschaft dem Klimawandel?
- Aus den Projekten
- Sonstiges

+++ NEUES VON DER POLITISCHEN EBENE +++

Gedenkjahr 2020: Erinnerungskultur in Zeiten der Corona-Pandemie

Die beiden Nachbarländer Deutschland und Polen verbindet eine einzigartige Geschichte, die von vielen Höhen und Tiefen geprägt ist. Am 8. Mai 2020 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus bereits zum 75. Mal. Dieses wichtige historische Ereignis mit großer politischer Bedeutung musste dieses Jahr auf eine neue Art und Weise gewürdigt werden – schließlich wurden die in Deutschland und Polen vorbereiteten Gedenkveranstaltungen zum 75. Jahrestag des Kriegsendes wegen der Coronavirus-Epidemie abgesagt. Geschichtsvermittlung, Begegnung und Austausch können aber auch in Zeiten von Corona-Krise erlebbar gemacht werden – mit digitalen Angeboten zum Jubiläum.

So zeigt zum Beispiel die virtuelle Ausstellung „Nach Berlin“ in 360-Grad-Panoramen, was in den letzten Kriegstagen 1945 in Berlin geschah, würdigt diese wichtige Zeit und gleichzeitig ihre heutige politische Bedeutung. Die siebenteilige Podcast-Reihe zur Ausstellung führt die Hörer*innen an Orte der letzten Kriegstage. Außerdem ermöglicht die kostenfreie App „Augmented Berlin“ einen Vergleich des heutigen Berlins mit dem im Mai 1945. Der virtuelle Gang durch die Hauptstadt ist auf dem Handy oder Tablet möglich. Diese digitalen Angebote sind unter www.75jahrekriegsende.berlin vom 2. Mai bis zum 2. September, dem internationalen Tag des Kriegsendes, zu finden. Das polnische Ministerium für Kultur und nationales Erbe initiierte eine virtuelle Konferenz zu den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges, die auf der YouTube-Seite des Museums der Geschichte Polens übertragen wurde.

Auch der Europatag am 9. Mai wurde mit zahlreichen Online-Veranstaltungen digital begleitet. Die Europäische Union erinnerte unter dem Motto „70 Jahre Solidarität“ mit einem Livestream direkt aus dem Plenarsaal sowie einer Online-Ausstellung zur Schumann-Erklärung an die Anfänge der EU. Denn auch heute gilt: Um in der Gegenwart zu handeln, müssen wir unsere Vergangenheit verstehen und dürfen sie vor allem nicht vergessen.

+++ VORWORT +++



Liebe Leser*innen,

das Jahr 2020 stand bislang vor allem im Zeichen der Corona-Pandemie: Kaum ein anderes Thema bestimmte unser Alltags- und Berufsleben in den letzten Wochen mehr. Während des Lockdowns zeigte sich der starke Zusammenhalt in der deutsch-polnischen Grenzregion, als sich unter anderem zivilgesellschaftliche Akteure und regionale Politiker*innen verstärkt für eine Lockerung der Corona-Bestimmungen für Grenzregionbewohner*innen einsetzten.

Auch der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit – wie reagieren die Regionen der Oder-Partnerschaft? Die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop und der stellvertretende Stadtpräsident der Stadt Breslau, Jakub Mazur, geben Antwort. Nach dem Blick in die Oder-Regionen schauen wir auf die Erinnerungskultur in diesem außergewöhnlichen Jahr, in dem wir unter anderem des Endes des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 gedenken.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und bleiben Sie gesund.

Herzliche Grüße
Ihre

Marta Szafrńska

Marta Szafrńska
Referat Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik
und Entwicklungszusammenarbeit
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Vom Rand in die Mitte – neuer Beauftragter sieht großes Potenzial für Brandenburg in Weiterentwicklung des deutsch-polnischen Verflechtungsraumes



Der neue brandenburgische Beauftragte für deutsch-polnische Beziehungen Jobst-Hinrich Ubbelohde

Brandenburg hat seit November vergangenen Jahres wieder einen Beauftragten für brandenburgisch-polnische Beziehungen und setzt damit ein Zeichen für eine intensivere Zusammenarbeit. So ist Jobst-Hinrich Ubbelohde nicht nur Brandenburgs neuer Europastaatssekretär, sondern bekleidet zugleich das mit dem Regierungswechsel geschaffene Amt des Beauftragten für brandenburgisch-polnische Beziehungen. Die Regierung in Brandenburg setzt mit ihrem Koalitionsvertrag auf die langjährig gewachsenen internationalen Beziehungen, insbesondere zu Polen. „Meine Aufgabe ist es, den europäischen Aspekt als koordinierendes Europaressort in die Regierungsarbeit miteinzubringen und für die Kolleginnen und Kollegen den Weg nach Brüssel und zu unseren internationalen Partnern zu erleichtern“, erklärt Ubbelohde. „Im Hinblick auf die besondere geografische Lage Brandenburgs sehe ich mich als Koordinator und Promoter einer zukunftssträchtigen und wirtschaftlich starken deutsch-polnischen Europaregion. In einer zunehmend globalisierten Welt kann unsere Randlage in Deutschland zu einer echten Zukunftschance werden, wenn wir die richtigen Weichen stellen. Als Hauptstadt- und Brückenregion zwischen zwei wichtigen Staaten in der Mitte Europas können wir Brandenburg gemeinsam mit unseren polnischen Partnerregionen vom Rand in die Mitte eines dynamischen Metropolenkranzes – bestehend aus Berlin, Stettin, Posen, Breslau, Leipzig und Dresden – rücken.“

Bei seiner Arbeit versteht sich Ubbelohde als Ansprechpartner für Land, Kommunen, NGOs und in der Sache engagierte Organisationen. Über die Vertretung des Landes in Brüssel und als Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU möchte er die brandenburgischen Interessen nach Brüssel tragen und, möglichst zusammen mit den polnischen Partnerregionen, hörbar vertreten.

Der heute 55-jährige Jurist kennt das Land Brandenburg und die Landesverwaltung seit langem aus unterschiedlichen Funktionen, die er in der Landesverwaltung inne hatte: unter anderem als Justitiar, verkehrspolitischer Grundsatzreferent und von 2004 bis 2013 als Leiter des Bereiches ÖPNV/Eisenbahnen im Infrastrukturministerium. Zuletzt leitete er die Grundsatzabteilung dieses Ministeriums.

Speziell gefragt nach seinen Zielen als Beauftragter für brandenburgisch-polnische Beziehungen nennt er zwei Punkte. Es gehe darum, „im konstruktiven Dialog die Zusammenarbeit der Regionen beiderseits von Oder und Neiße auf allen Ebenen weiter zu intensivieren. Ich möchte die Chancen aufzeigen, die sich aus der Entwicklung einer grenzüberschreitenden Europaregion ergeben. Hierfür müssen wir die Bürger*innen mitnehmen. Es geht im interkulturellen Austausch in erster Linie darum, mehr voneinander zu erfahren. Man muss schon in der Kita voneinander hören, die jeweils andere Sprache kennenlernen, sich begegnen und als gute Nachbarn schätzen. Darüber hinaus gilt es, Brücken für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu bauen und ganz real auch die grenzüberschreitenden Brücken und Straßen.“ Er ergänzt: „Wie wir von 2020 nach 2030 zu einem deutsch-polnischen Verflechtungsraum kommen, wollen wir dieses Jahr in einer entsprechenden Strategie in der Landesregierung beschließen. Es gibt viel zu tun, aber es wird sich lohnen.“

Zu Beginn des Jahres reiste Ubbelohde in unterschiedliche Regionen Polens, um Land und Leute besser kennenzulernen. Wie seine Antrittsbesuche in den Regionen der Oder-Partnerschaft aussahen, erfahren Sie auf unserer Website www.oder-partnerschaft.eu. Dort finden Sie auch Informationen zum neuen Deutschland-Verantwortlichen der polnischen Regierung, Bartosz Grodecki.

Grenzüberschreitende Solidarität: Die Regionen der Oder-Partnerschaft während der Corona-Pandemie

Nicht nur die mediale Berichterstattung wurde in den letzten Monaten von der Corona-Krise bestimmt, auch unser Alltags- und Berufsleben veränderte sich grundlegend. Besonders deutlich zeigte sich dies im deutsch-polnischen Grenzraum: Die Grenze zwischen den beiden Nachbarländern war für mehrere Wochen geschlossen, grenzüberschreitende Treffen waren nicht mehr möglich und Grenzpendler*innen standen vor neuen Herausforderungen auf dem täglichen Weg zum Arbeitsplatz. Obwohl Treffen im realen Raum aufgrund der Corona-Verordnungen nicht mehr möglich waren, fanden Menschen auf beiden Seiten der Oder virtuell zu einander.



Eines der dominierenden Themen in den Regionen waren natürlich die Grenzschließungen, die zu einer neuen gelebten Solidarität auf beiden Seiten der Grenze führten. Mit einer Online-Petition und einer Reihe an Protesten Ende April wiesen die Grenzpendler*innen auf die erschwerten Bedingungen durch die Quarantänepflicht hin. Die Forderungen zeigten Wirkung, denn die Quarantänebestimmungen für Grenzpendler*innen wurden zum 4. Mai aufgehoben. Zum 13. Juni wurden die Grenzen dann für alle Einreisenden geöffnet und die Quarantänepflicht aufgehoben.

Die Corona-Pandemie fordert auch kreative Lösungen zur Bewältigung der aktuellen Situation. So riefen mehrere Institutionen und Einrichtungen zur Zusammenarbeit auf. Die Euroregion Pomerania startete Anfang Mai einen Sonder-Call zur „Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen in der Euroregion Pomerania“. Unter dem Motto „Klima(t) 2.0 – online solutions for future“ rief auch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zur grenzüberschreitenden Lösungsfindung auf. Gemeinsam sollen digitale Lösungswege zur Bekämpfung der Klimakrise gefunden werden. Kreative Ansätze werden auch immer noch gesucht: Anträge

können noch bis zum 31. Juli gestellt werden.

Nicht nur gemeinsame Projekte werden realisiert, auch die materielle Hilfe ist gelebte Realität zwischen den beiden Nachbarstaaten. Das Universitätsklinikum Dresden kooperiert beispielsweise mit Niederschlesien bei der Auswertung von Corona-Tests: Die freien Kapazitäten werden genutzt, um in der Wojewodschaft gemachte Tests auszuwerten. Dabei wird deutlich, dass die Corona-Krise keinen Halt an Ländergrenzen macht – und die Hilfe auch nicht. Dadurch entsteht auch ein neues „Wir-Gefühl“, das jenseits von nationaler Staatsangehörigkeit stattfindet.

Auch wenn die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Pandemie noch nicht abzuschätzen sind, kann die Krise auch als Chance gesehen werden. Bei vielen steht aktuell der Sommerurlaub vor der Tür, hier spielt in diesem Jahr der „lokale“ Tourismus wieder eine größere Rolle. Statt lange Reisezeiten in Kauf zu nehmen, steigt die Attraktivität nah gelegener Urlaubsorte, die mit kürzeren Reisedistanzen verbunden sind. Auch die lokale Warenproduktion könnte nach der Krise eine größere Rolle spielen: Gerade in den Krisenzeiten ist deutlich geworden, wie wichtig das lokale Angebot ist. Trotzdem bleibt der internationale Austausch wichtig, auch das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt.



Auf unserer Website informieren wir Sie über aktuelle Bestimmungen und Unterstützungsangebote der einzelnen Regionen der Oder-Partnerschaft.

Business Location Network – eine Initiative zur Ansiedlung polnischer Investor*innen

Business Location Network BRANDENBURSKA SYNERGIA DLA TWOICH INWESTYCJI



Polen hat sich in den letzten Jahren zu einem von Europas wichtigsten Wirtschaftsmotoren entwickelt. Dank der stabilen Inlandsnachfrage, wachsenden Exporten und steigenden Investitionen wird dem deutschen Nachbarland auch weiterhin ein stabiles Wachstum bescheinigt. Polens Unternehmen investieren vermehrt ins europäische Ausland, wobei geographische und kulturelle Nähe bei den Investitionsüberlegungen eine wichtige Rolle spielen. Damit stellt Ostbrandenburg eine interessante Option für sie dar.

Die Region Ostbrandenburg, im Nordosten Deutschlands gelegen, verbindet mit dem Nachbarland Polen eine 267 km lange Grenze. Dazu kommt eine gut ausgebaute Infrastruktur, ob Autobahn, Güterverkehr oder Binnenhäfen. Ostbrandenburg bietet Unternehmen sowohl einen optimalen Ausgangspunkt für grenzüberschreitende Tätigkeiten als auch besonders gute Voraussetzungen für Investitionsprojekte aller Art. Insbesondere die Nähe zu Berlin, aber auch die Vernetzung zu den Metropolen Stettin, Posen und Breslau bieten sehr gute Möglichkeiten bei der Markterschließung, aber auch bei der Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Der Schritt über die polnische Grenze stellt aber immer noch viele Unternehmen vor besondere Herausforderungen. Dabei können Unternehmer*innen bei ihren Investitionsvorhaben auf die Unterstützung verschiedener Institutionen und Wirtschaftsfördereinrichtungen zählen: Ein Partner, der Betriebe bei der grenzüberschreitenden Arbeit unterstützt, ist das Business Location Network. Ziel des Netzwerkes ist es, die Region Ostbrandenburg in den polnischen Regionen Westpommern, Lubuskie, Großpolen und der Hauptstadtregion Warschau/Masowien aktiv zu vermarkten und die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen dieser Regionen zu begünstigen. Ein besonderes Augenmerk

Partner im Netzwerk sind die ICU Investor Center Uckermark GmbH in Schwedt/Oder, die Investor Center Ostbrandenburg GmbH in Frankfurt (Oder), der Landkreis Oder-Spree in Beeskow, die STIC Wirtschaftsförderungsgesellschaft Märkisch-Oderland mbH in Strausberg, die WITO Barnim GmbH in Eberswalde, die Städte Frankfurt (Oder) und Schwedt/Oder, die Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg in Frankfurt (Oder) sowie die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB).

liegt dabei auf der Förderung der Ansiedlung polnischer Unternehmen in Ostbrandenburg – vor allem in Hinblick auf die Nähe zum heimischen Markt, der Nutzung grenzüberschreitender Vertriebskanäle, der Möglichkeit, Produkte „Made in Germany“ anzubieten sowie der Ausnutzung der stabilen deutschen Wirtschaftslage. Polnische Unternehmer*innen werden umfassend in polnischer Sprache zu den Themen Unternehmensgründung, Fördermöglichkeiten und Ansiedlungsfragen beraten.

Das Business Location Network bietet den Unternehmen auf beiden Seiten der Oder die Möglichkeit, Kontakte, Berater*innen, Strukturen und Informationen in den jeweiligen Regionen und Städten zu nutzen, um Vorhaben sowohl in Ostbrandenburg als auch in Polen umzusetzen. Außerdem werden Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt, um sowohl Investor*innen aus Polen in dieser Region anzusiedeln als auch die Region als interessante Perspektive zum Wohnen, Arbeiten und Erholen vorzustellen.

Weitere Informationen zu Ostbrandenburg und zu den Ansprechpartner*innen in polnischer Sprache finden Sie auf der Website www.brandenburgia-wschodnia.com.

Mecklenburg-Vorpommern intensiviert Austausch mit polnischen Grenzregionen

„Uczymy się polskiego“, also „wir lernen Polnisch“ heißt es in gleich drei Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern. Auf der Insel Usedom entsteht im Ostseebad Heringsdorf aktuell eine Kindertagesstätte mit bilingualer Frühförderung. Das Vorhaben ist Gegenstand des Gesamtprojektes „3 Kitas - 2 Sprachen - 1 Weg“ mit dem Ziel des Auf- und Ausbaus einer deutsch-polnischen Kooperation von Kindertagesstätten im grenznahen Raum zur Förderung der frühen Mehrsprachigkeit. Der Neubau der Kindertagesstätten in Heringsdorf, Swinemünde und Zinnowitz soll zur Verbesserung des überregionalen Bildungsangebots beitragen. Die Finanzierung des Gesamtprojektes erfolgt mit ca. 1,5 Mio. Euro über das Kooperationsprogramm INTERREG VA aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Einsatz von Städtebaufördermitteln des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Höhe von 430.000 Euro sowie durch Eigenmittel des Trägers.

Doch nicht nur für die Jüngsten treibt Mecklenburg-Vorpommern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit voran: In Zusammenarbeit mit der Stadt Stettin wird zurzeit das Projekt „Umbau der Nikolaikirche Anklam zum IKAREUM mit dem Lilienthal-Flight-Museum“ in der Hansestadt Anklam umgesetzt. Das erste Teilprojekt „Technikgeschichte in Pommern. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Museen in Anklam und Szczecin“ ist bereits in Arbeit und wird mit EFRE-Mitteln gefördert. Die Städte Anklam und Stettin pflegen seit den 90er-Jahren gerade auf kulturhistorischer Ebene einen regen Austausch. Dieser soll zukünftig in der Grenzregion Pommern noch vertieft werden. So sollen im Stettiner Museum für Technik und Kommunikation (MTK) ein „Experimentarium“ und im Anklamer Otto-Lilienthal-Museum (OLM)



Ansicht der Nikolaikirche nach der geplanten Restaurierung

das „Lilienthal-Lab“ als außerschulische Lernorte entstehen. Durch bilinguale Konzepte und grenzüberschreitende Veranstaltungsangebote möchten die beiden Museen auch den Kontakt zwischen den Bürger*innen der beiden Nachbarländer fördern.

Darüber hinaus soll als Gemeinschaftsprojekt ein „Virtuelles Museum“ entstehen, das mit einer mehrsprachigen Museums-App, Website, Augmented-Reality-Elementen und Audioguides auch interessierten deutschen und polnischen Bürger*innen außerhalb Pommerns die Ergebnisse der Kooperation der beiden Museen näherbringt. Begleitend zur Zusammenarbeit entsteht auch eine zweisprachige Publikation über die „Technikgeschichte in Pommern“. Weitere Teil-

projekte, die zukünftig gemeinsam von den beiden Städten realisiert werden sollen, sind unter anderem die Errichtung eines Regionalen Informations- und Tourismuszentrums (RITZ) sowie die Wiedererrichtung des Turmhelms der Nikolaikirche nach historischem Vorbild.



Entwurf der geplanten Kindertagesstätte in Heringsdorf

„Fridays for Future“, Mobilitätsgesetz oder Reallabore: Wege zum Umweltschutz in den deutschen Regionen der Oder-Partnerschaft

Umweltschutz ist ein Thema, das alle Handlungsfelder des täglichen Lebens berührt. Viele Verbraucher*innen passen bereits ihre Konsumgewohnheiten an, um einen persönlichen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Allerdings sind auch politische Maßnahmen nötig, sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen, wo die teils abstrakten politischen Ziele in alltägliche Lebenswelten umgesetzt werden müssen. Und nicht nur die Politik und Zivilgesellschaft, auch viele NGOs beschäftigen sich mit dem Thema Umwelt. In den deutschen Oder-Regionen gibt es unterschiedliche Strategien, um dem Klimawandel zu begegnen.

Ein Beispiel aus Berlin ist das Mobilitätsgesetz: 2018 ist es als deutschlandweit erstes seiner Art in Kraft getreten mit der Absicht, dass alle Berliner*innen auf möglichst umweltschonende Art und Weise bequem, sicher und zuverlässig an ihr Ziel kommen. Das Mobilitätsgesetz bekräftigt zudem den Plan des Senats, spätestens im Jahr 2050 den PKW-Verkehr in Berlin klimaneutral zu gestalten. Einen positiven Effekt hatte hier Corona: Der Flugausfall und Produktionsstopp führte vielerorts zu einer besseren Luftqualität. Gleichzeitig steigt die Befürchtung, dass der Individualverkehr zukünftig zunimmt, da Menschen öffentliche Verkehrsmittel aus Angst vor einer Ansteckung meiden könnten.

Auch auf Bezirksebene tut sich in Berlin einiges. Friedrichshain-Kreuzberg zum Beispiel hat bereits Maßnahmen ergriffen, um das Müllaufkommen im Bezirk zu reduzieren. Eine von der Stadtumwelträtin Clara Herrmann gestartete Initiative präsentierte Anfang 2020 zudem konkrete Vorschläge für einen Weg zu „Zero Waste“: feste Grillstationen in Parks statt Wegwerfgrills, „Zero-Waste-Reallabore“, Einkauf abfallarmer Produkte in lokalen Supermärkten und Discountern, „Biblio-

theken der Dinge“ zum Ausleihen von Geräten und Werkzeugen, Pfandringe und -kästen an Mülleimern oder auffällige Aschenbecher, die von der Berliner Stadtreinigung aufgestellt werden.

Brandenburg ist besonders von Klimaextremen betroffen: Die Ursache dafür sind unter anderem die offene Landschaft und viele Kiefernwälder, die zwar recht anspruchslos in der Pflege sind, aber nur wenig Regenwasser speichern können und zunehmend von Waldbränden bedroht sind. In den letzten 25 Jahren wurden in Brandenburg bereits 124 Mio. € in den Waldumbau investiert. Ziel bleibt weiterhin, Wälder mit natürlichen Strukturen sowie gemischten Alters- und Artenbeständen zu schaffen, in einem der walddreichsten Bundesländer bleibt da noch einiges zu tun.

Auch nachhaltige Energieversorgung ist ein wichtiger Aspekt des Umweltschutzes. Personen und Institutionen in Sachsen, die sich zu den Themen erneuerbare Energien, zukunftsfähige Energieversorgung und zur bewussten effizienten Energienutzung informieren wollen, können sich an die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH wenden. Da die Agentur zu 100 Prozent von der öffentlichen Hand getragen wird, verläuft die fachliche Beratung unabhängig von Energieversorgern.

Auch auf europäischer Ebene gibt es bereits Programme zum Umweltschutz: Eines der Hauptziele der Europäischen Kommission ist die CO₂-Reduktion. Das Förderprogramm „Europäische Stadtinitiative“ soll zukünftig innovative Stadtentwicklungsmaßnahmen fördern. Auch bei den EFRE-Mitteln gibt es demnächst einen besonderen Schwerpunkt in der Förderung von Klima- und Umweltmaßnahmen.

Interview mit der Berliner Senatorin für Wirtschaft Frau Ramona Pop

Berlin beschloss als erstes Bundesland den Klimanotstand. Welche Maßnahmen zum Klimaschutz hat der Berliner Senat bereits ergriffen?

Auch wenn der Kampf gegen Corona im Moment viele Kräfte bindet, hat doch das Forcieren der Energiewende nichts von seiner Dringlichkeit verloren. Mit aller Entschlossenheit fördern wir daher in Berlin die erneuerbaren Energien. Während die große Koalition sich in Trippelschrittchen Richtung Kohleausstieg schiebt, hat Berlin den Kohleausstieg 2030 beschlossen. Aus der Braunkohle sind wir schon 2017 ausgestie-

gen. Besonders großes Potential hat in einer Großstadt die Solarenergie. Schon im Jahr 2017 wurden in Berlin bezogen auf die Fläche mehr Solarzellen installiert als in allen anderen Bundesländern; 12,4 Kilowatt Spitzenleistung pro Quadratkilometer. Damit der Ausbau möglichst rasant fortschreiten kann, arbeiten wir im Rahmen des Masterplans SolarCity an weiteren konkreten Maßnahmen. Jede Berliner*in und jeder Berliner kann einen Beitrag zur Energiewende in unserer Hauptstadt leisten, dabei unterstützen wir sie mit unserem Förderprogramm EnergiespeicherPLUS. Jede neue Photovol-

taikanlage trägt dazu bei, dass wir unserem Ziel klimaneutral zu werden einen Schritt näherkommen. In unserem SolarZentrum Berlin bieten wir umfangreiche Beratungen an, um die Berlinerinnen und Berliner auf dem Weg zu ihrer Solaranlage zu begleiten und so den Solarausbau in der Hauptstadt zu beschleunigen. Und unsere Initiative im Bundesrat war erfolgreich: Die Bundesregierung muss unnötige bürokratische Hürden auf dem Weg zur Energiewende endlich abbauen; zum Beispiel indem Mieterstrommodelle vereinfacht werden, bei denen Mieter Strom direkt aus ihrer Nähe beziehen. Klar ist aber auch: Wenn wir eine klimaneutrale Energieversorgung wollen, reicht das noch nicht. Wir müssen alle Potentiale auf Berlins Dächern und Fassaden nutzen. Und als öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Außerdem haben wir mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm ein umfangreiches Maßnahmenpaket aufgesetzt, um unsere Klimaziele zu erreichen und die CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Welche Maßnahmen sind noch geplant?

Wir arbeiten gerade intensiv an einer Bundesratsinitiative zu Mieterstrom. Es ist für uns als Mieterstadt unglaublich wichtig dieses leider noch allzu oft brachliegende Potential zu heben und die Mieter*innen an der Energiewende teilhaben zu lassen. Hier muss sich der regulative Rahmen auf Bundesebene ändern. Mit dem Masterplan Solarcity werden wir in den nächsten Jahren noch weitere Maßnahmen umsetzen. Dabei reicht ihre Bandbreite von einer breit angelegten Kampagne zum PV-Ausbau über praktische Instrumente wie eine Solardachbörse oder einen PV-Wirtschaftlichkeitsrechner bis hin zu einer Solarpflicht.

Klimaschutz ist natürlich nicht nur eine Frage der Energiepolitik. Sie sollte als Querschnittsthema in allen Bereichen gesehen werden. Auch als öffentliche Hand wollen wir an unserer Vorbildwirkung arbeiten und den Pfad hin zu einer klimaneutralen Verwaltung konsequent weiterverfolgen.

Gerade die Themen Elektromobilität und saubere Energien spielen im aktuellen Klimadiskurs eine große Rolle. Welchen Stellenwert nehmen die beiden Themen in Ihrer Senatsverwaltung ein?

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist das größte Praxislabor für Elektromobilität in Deutschland, in dem praktische Anwendungen getestet und gleichzeitig in industrielle Wertschöpfung übersetzt werden. Daher fördert meine Se-



natsverwaltung bereits seit Juli 2018 Inhaber*innen kleiner und mittelgroßer Unternehmen mit Zuschüssen, wenn sie von ihren konventionellen Fahrzeugen auf Elektroantrieb umsteigen wollen. Seit Programmstart wurden bereits über 4.000 Fahrzeuge und rund 700 Ladepunkte beantragt.

Saubere Energien sind neben der Steigerung von Energieeffizienz, der Verkehrs- und Wärmewende ein Schlüssel, um unser Klimaneutralitätsziel zu erreichen. Schließlich ist die sichere Versorgung mit sauberer und bezahlbarer Energie eine Grundvoraussetzung für eine lebenswerte Zukunft in dieser Stadt. Unser Fokus liegt hier im Ausbau der Solarenergie. Auch mit dem Kohleausstieg in Berlin setzen wir ein klares Zeichen für mehr saubere Energien in der Stadt.

Wie können städtische Kooperationen im Rahmen der Oder-Partnerschaft dazu beitragen, den Klimawandel gemeinsam grenzüberschreitend zu bekämpfen?

Berlin steht mit seiner Expertise u.a. in den Bereichen erneuerbare Energien und Elektromobilität polnischen Städten gerne zur Verfügung. Innerhalb der Oder-Partnerschaft brauchen wir einen intensiven Austausch darüber, wie eine nachhaltige umweltschonende Wirtschaftspolitik grenzüberschreitend zu realisieren ist. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir auf der regionalen, lokalen und kommunalen Ebene für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum gemeinsam Lösungen erarbeiten, die der Sicherung von Umweltstandards dienen und zur Verbesserung des ökologischen Bewusstseins bei der Bevölkerung und der Wirtschaft beitragen. Dafür ist es unerlässlich, grenzüberschreitende Maßnahmen zu entwickeln und verbindliche Absprachen unserer Regionen zu treffen, z. B. anlässlich des nächsten politischen Spitzentreffens.

Stickstoffbelastung und grüne Start-ups: Umweltschutz in den polnischen Regionen der Oder-Partnerschaft

Umweltschutz ist auch in Polen ein wichtiges Thema: In vielen Gebieten ist die Konzentration von Feinstaub zu hoch, gleichzeitig gibt es aktuell viele Maßnahmen, die zur Verbesserung der Luftqualität beitragen sollen. Auf nationaler Ebene versucht die polnische Regierung mit dem Programm „Saubere Luft“, vor allem das Problem der Schadstoffemission der Privathaushalte anzugehen. 2017 wurden bereits die Schadstoffausstoßvorgaben für Festbrennstoffkessel in privaten Haushalten sowie in kleinen und mittleren Unternehmen verschärft. Im September 2018 hat die Regierung die Bereitstellung von rund 24 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren für Klimamaßnahmen beschlossen. Dazu gehört unter anderem die finanzielle Unterstützung von Eigentümer*innen von Einfamilienhäusern für energetische Sanierungen. Auch der Austausch von emissionsintensiven Öfen und Kesseln in privaten Immobilien wird kofinanziert. Außerdem wurde Geld für Mikrophotovoltaikanlagen und Solarkollektoren eingeplant.

In Großpolen beschäftigt sich der „Wojewodschaftsfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Posen“ mit allen Anliegen rund um den Umweltschutz. Er unterstützt finanziell Institutionen, Akteure und Privatpersonen bei ihren Umweltschutzaktivitäten, unter anderem die Abfallwirtschaft sowie Maßnahmen zum Bodenschutz, dem Schutz und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Gewässern sowie der Umweltbildung. Vergleichbare Institutionen für die

Wojewodschaften Westpommern und Niederschlesien befinden sich in Stettin und Breslau, die auch für die Verteilung der Fördermittel des nationalen Programms „Saubere Luft“ zuständig sind.

In der niederschlesischen Hauptstadt Breslau wird für September eine Paneldiskussion mit 100 ausgewählten Einwohner*innen geplant: Unter anderem soll die repräsentative Gruppe bezüglich der Art der ÖPNV-Anbindungen an bestimmte Siedlungen befragt werden sowie zur Entstehung einer Zone mit „sauberem Verkehr“ im Stadtzentrum. Diese soll – ähnlich wie beispielsweise die Berliner Umweltzone – nur für emissionsarme Fahrzeuge erlaubt sein.

Tatsächlich ist Breslau polnischer Vorreiter in puncto Umweltschutz: Als bisher einzige Verwaltung in Polen hat die Stadt eine „Klimanotlage“ erklärt. Umweltaktivist*innen, die zu dieser Entscheidung beitrugen, forderten, bis 2050 Netto-Null-Emissionen anzustreben. Die Erklärung der Klimanotlage ist zwar noch keine Maßnahme an sich, soll aber Themen wie erneuerbare Energie oder städtische Grünanlagen in der Stadtverwaltung vorantreiben.

Darüber hinaus ist Breslau als Tech-Metropole bekannt und natürlich können auch innovative Technologien zum Umweltschutz beitragen. Hier werden beispielsweise in der Volvo-Fabrik ausschließlich Hybrid- und Elektrobusse

hergestellt, die 40 bis 80 Prozent umweltfreundlicher und wesentlich leiser sind als die herkömmlichen Fahrzeuge. Auch Start-ups arbeiten fleißig an nachhaltigen Innovationen: Das Breslauer Unternehmen Syntoil hat beispielsweise eine neue Methode des Reifenrecyclings entwickelt, die kostengünstig und gleichzeitig umweltfreundlich ist. 2019 hat Syntoil dank dieser Innovation den zweiten Platz im weltweiten „Chivas Venture Wettbewerb“ für soziale Unternehmen ergattert.



Interview mit dem stellvertretenden Stadtpräsidenten von Breslau Jakob Mazur



Breslau war die erste polnische Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen hat. Welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels wurden ergriffen?

Dem fortschreitenden Klimawandel entgegenzuwirken ist eine der Prioritäten der Stadt, und der Klimanotstand bestätigt dies. Unser Ziel ist es, Breslau bis 2050 zu einer Null-Emissions-Stadt zu machen. Immer öfter werden wir mit intensiven Hitzewellen oder plötzlichen, starken Regenfällen konfrontiert. Bei der Umsetzung geeigneter Lösungen müssen wir den städtischen Raum an diese Phänomene anpassen. Eine der größten Herausforderungen ist es, dem Phänomen der städtischen Wärmeinseln entgegenzuwirken - deshalb werden in Breslau mehr Pocket-Parks und Grünflächen geschaffen. Ein Beispiel dafür ist das internationale Projekt „Grow Green“, an dem sich neben Breslau unter anderem Manchester und Valencia beteiligen. In der dicht bebauten Stadtstruktur einer der Wohnsiedlungen wurden und werden immer noch neue Grünanlagen geschaffen. Bei einem anderen beliebten Projekt erhalten die Bewohner*innen Breslaus einen Zuschuss für Regenwasser-Speichertanks. Wir setzen auch auf die Bildung der Kleinsten. Darüber hinaus gibt es Aktivitäten wie die Unterstützung der Entwicklung der Kreislaufwirtschaft und die Reduzierung des Kunststoffverbrauchs bei Veranstaltungen, die von der Stadt organisiert werden. Dazu gehören auch Aktionen für nachhaltige Mobilität: der Ausbau des Radwegnetzes, der „Park and Ride“-Parkplätze oder der Bau neuer Straßenbahnstrecken.

Welche Projekte sind in Zukunft geplant?

In den kommenden Jahren legen wir Schwerpunkte auf der weiteren Gestaltung der Klimapolitik auf der lokalen Ebene und auf dem Dialog mit privaten Investoren über nachhaltiges, emissionsfreies Bauen. Wir ermutigen sie, Hauswände und Dächer zu begrünen und erneuerbare Energiequellen zu nutzen. Bei städtischen Investitionen denken wir stets an die Strukturvielfalt der Begrünung, kleine Rückhalteflächen und erneuerbare Energiequellen. Flachdächer, zum Beispiel auf Schulgebäuden, haben ein enormes Solarpotenzial. Die Stadt plant zudem die Einrichtung grüner Gleise und Haltestellen. Die Strategie Breslau 2030 geht von der Verfügbarkeit von Grünflächen in unmittelbarer Nähe, das heißt ca. 300 m vom Wohnort entfernt, aus. Begrünen ist die billigste aller Aktivitäten zur Klimakompensation, daher steht es auf unserer Must-Have-Liste. Später in diesem Jahr werden wir im Rahmen des Bürgerforums die Einwohner*innen von Breslau fragen, ob sie bereit für eine saubere Verkehrszone oder Zonen mit reduzierten Emissionen sind, die nur mit Autos mit bestimmten Standards befahren werden können.

Gerade in Breslau ist die Stickstoffbelastung ein großes Thema. Was wird unternommen, um die Luftqualität zu verbessern?

Im November stellte Stadtpräsident Jacek Sutryk ein ambitioniertes Programm „Breslau ohne Smog“ vor. Bis Ende 2024 wird Breslau etwa 330 Millionen PLN (über 75 Millionen Euro) für die Verbesserung der Luftqualität ausgeben. Eine von der Technischen Universität Breslau durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, dass die so genannten niedrigen Emissionen etwa 60 % der gesamten Luftverschmutzung in unserer Stadt verursachen. Die Bürger*innen von Breslau können von besonders hohen Finanzierungen für den Ersatz alter Kohleöfen durch umweltfreundliche Heizungen profitieren. Sie brauchen keinen Eigenbetrag, was vor allem für die weniger Wohlhabenden wichtig ist. Die Stadt hat auch einen ambitionierten Plan vorbereitet, um die städtischen Altbauten an das Heizungsnetz anzuschließen. Aus diesem Grund haben wir übrigens eine der größten Informationskampagnen in der Geschichte der Stadt ins Leben gerufen. Auch bei persönlichen Treffen ermutigen wir die Bürger*innen, ihre Öfen zu ersetzen.

Wie können städtische Kooperationen im Rahmen der Oder-Partnerschaft dazu beitragen, den Klimawandel gemeinsam grenzüberschreitend zu bekämpfen?

Die Städte sind Akteure regionaler Projekte und Foren zum Gedankenaustausch, wie z.B. der Runde Tisch Berlin-Breslau. Wir legen gemeinsame Leitlinien für die Umweltaktivitäten in der

Oder-Neiße-Region fest. Einerseits sind gemeinsame Investitionen in den Hochwasserschutz und andererseits in die Dürreprävention notwendig. In einigen Regionen gibt es bereits periodisch auftretende Probleme mit der Wasserversorgung. Ein weiteres Problem, das eigentlich ganz Polen betrifft, ist die unzureichende Rückhaltekapazität der natürlichen wie auch der

künstlichen Reservoirs. Auch der Aspekt der Wiederherstellung der Schiffbarkeit der Oder ist interessant. Erwähnenswert ist zudem, dass wir auch in anderen Bereichen zusammenarbeiten, etwa in der Wirtschaft, im Tourismus oder im Verkehr, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen entlang der deutsch-polnischen Grenze zu stärken.



+++ AUS DEN PROJEKTEN +++

Kultur und Reisen digital erleben

Die Sommerferien stehen vielerorts vor der Tür, dieses Jahr werden sie aber anders sein als wir es gewohnt sind. Eigentlich wollten wir an dieser Stelle einige Reiseempfehlungen für polnische Metropolen geben – doch Corona bringt auch unsere Reisepläne durcheinander. Mit kreativen Ansätzen gibt es aber trotzdem Möglichkeiten, Reise- und Kulturerlebnisse in die eigenen vier Wände zu holen. Das Nachbarland Polen ist auch gut mit der Bahn erreichbar und eignet sich perfekt für eine Kurzreise. Von sandigen Stränden über tiefe Wälder bis hin zu romantischen Altstädten – für jeden Reisetyp ist ein Ausflugsziel dabei. Wer dabei aktuell auf die Zugfahrt, nicht aber auf die Reiseindrücke verzichten möchte, der kann eine virtuelle Fahrt mit dem Kulturzug machen. Normalerweise verbindet dieser Berlin und Breslau, in Zeiten von Corona verbindet er uns alle digital. Es fanden bereits meh-

rere virtuelle Zugfahrten statt, nachzuschauen sind diese auf dem YouTube-Kanal „Kulturzug Berlin-Breslau“.

Mit fortschreitendem Lockdown wurde auch immer mehr Kultur digital erlebbar. Museen öffnen mit virtuellen Rundgängen ihre Türen im Internet, Konzerte, Oper- und Theateraufführungen können im Netz gestreamt werden. Dies macht Kultur nicht nur einer breiten Gruppe zugänglich, sondern auch kulturelle Darbietungen aus anderen Ländern erlebbar. Eine Plattform, die Live-Performances auf dem heimischen Sofa möglich macht ist www.berlinalive.de. Darauf zu finden ist eine bunte Mischung unterschiedlicher künstlerischer Darbietungen. Von Konzerten über Literaturvorlesungen bis hin zu Filmen aus Berlin und der ganzen Welt – da ist für alle Kulturliebhaber und die, die es noch werden wollen das

Richtige dabei. Auch für die Kleinsten gibt es ein spezielles Kinderprogramm.

Digitale Angebote verkürzen uns so die Wartezeit auf das „reale“ Erlebnis: Voraussichtlich Ende Juni können kulturfine Tourist*innen wieder den preisgekrönten Kulturzug mit wechselndem Programm aus Theater, Performance, Lesungen, kleinen Konzerten und Polnisch-Schnellkursen zwischen Berlin und Breslau nutzen. Der Zug bringt jeden Freitag und Samstag Fahrgäste von Berlin-Lichtenberg nach Breslau.

Breslau wurde 2016 zur Europäischen Kulturhauptstadt er-

nannt. Zurecht, da die Stadt über zahlreiche Museen, Galerien, Opern wie auch ein breites kulturelles Angebot verfügt. Die Innenstadt mit ihrer besonderen Architektur lädt zum Flanieren ein. Wer einen Perspektivwechsel braucht, kann sich die Sehenswürdigkeiten auch vom Wasser ansehen: Breslau liegt schließlich an der Oder. Die Stadt ist auf zwölf Inseln verteilt und hat mehr als 100 verschiedene Brücken – das Boot gehört hier zu den perfekten Transportmitteln. Vom wunderschönen Hauptbahnhof verkehren regelmäßige Züge nach Warschau, Posen, Krakau, Lodz oder Kattowitz. Die Stadt ist also ein guter Ausgangspunkt, um mit dem Zug weiter durch Polen zu reisen.

+++ SONSTIGES +++

Feuilleton von Bogdan Twardochleb: „Po pierwsze informacja“

Die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe unterstützte von 2017 bis 2019 die Veröffentlichung der monatlichen Sonderbeilage „przez granice | über die grenzen“ in der Stettiner Tageszeitung „Kurier Szczeciński“ finanziell. Die Sonderbeilage informierte zweisprachig über Ereignisse und Entwicklungen im deutsch-polnischen Verflechtungsraum und genoss ein großes Ansehen bei den Leser*innen. Seit einigen Monaten veröffentlicht der „Kurier Szczeciński“ in Eigenregie die polnisch-sprachige Sonderbeilage „Pogranicze“ („Grenzgebiet“), die wöchentlich erscheint und auch auf der Website der Oder-Partnerschaft gelesen werden kann. Der Redakteur der Beilage, Herr Bogdan Twardochleb, gibt in seinem Essay Einblicke in seine journalistische Arbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion.

Ohne zuverlässige Informationen gibt es keine richtigen Entscheidungen und Beschlüsse - dies ist eine der offensichtlichen Wahrheiten, an die man erinnern muss.

Zunächst eine Erklärung. Zum Schreiben dieser Kolumne ist ihr Autor irgendwie verpflichtet, denn seit dreißig Jahren beschäftigt er sich als Journalist der regionalen Tageszeitung „Kurier Szczeciński“ mit deutsch-polnischen Angelegenheiten, vor allem mit dem nördlichen Grenzgebiet der beiden Länder. Im Auftrag der Zeitung tat er dies mehrere Jahre lang in Zusammenarbeit mit der ähnlichen Tageszeitung „Nordkurier“ (Neubrandenburg), dann mit dem Verein der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania, dann als Redakteur der monatlich erscheinenden Informationsbeilage „przez granice“, die anschließend in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes

Berlin in zwei Sprachversionen „über die grenzen“ und „przez granice“ erschienen ist.

Diese Beilagen gibt es nicht mehr. „Kurier ...“ veröffentlicht die wöchentliche „Pogranicze“-Informationskolumne des Autors. Informationen aus der Grenzregion erscheinen auch im „Nordkurier“ und in der „Märkischen Oderzeitung“. In der erstgenannten Zeitung tut dies unter anderem Matthias Diekhoff, Dietrich Schröder (seit langem) und Nancy Waldmann (seit einem Jahr) in der zweitgenannten.

Ein paar weitere Binsenweisheiten. Die guten deutsch-polnischen Beziehungen gehören zu den größten Errungenschaften der Gegenwart beider Länder. Ihre Stabilität ist eine der Grundlagen des Friedens in Europa. Mit wie vielen Fäden die Grenze zwischen Polen und Deutschland heute Europa zusammennäht, zeigte sich spektakulär während ihrer Schließung in der Pandemie, die euphemistisch als „vorübergehende Einführung von Grenzkontrollen“ bezeichnet wurde.

Man muss sich um alles Gute kümmern, erst recht, wenn es solch sensible Themen wie die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, den Nachbarländern und -gesellschaften sind. Sie müssen gepflegt werden, denn sie bestimmen nicht nur die innere Stabilität beider Länder, sondern auch die Stabilität Europas und sind ein Orientierungspunkt ihrer Politik. Sie bestimmen die Qualität des Alltagslebens, insbesondere der Bewohner*innen des gemeinsamen Grenzraums zwischen Deutschland und Polen. Veränderungen an der Grenze verursachen bei ihnen sofort Lebensprobleme und Ängste, was auch durch die pandemiebedingte Schließung der Grenze bewiesen wurde. Die Bewohner*innen des Grenzgebietes

+++ SONSTIGES +++

nutzten dies letztendlich für Aktionen, die zeigten, wie sehr dieses Grenzgebiet sie verbindet.

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind gut genug, um ihrer Marginalisierung durch die Hauptstädte beider Länder in den letzten Jahren standzuhalten. Einer der Gründe für diese Marginalisierung ist das Einfrieren des Weimarer Dreiecks durch Polen, was auch die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland schwächt und die Bedeutung der gemeinsamen Grenze verändern kann. Darüber hinaus können die Bemühungen, die geopolitischen Orientierungen innerhalb Europas von Ost-West nach Nord-Süd zu verlagern, aus der deutsch-polnischen Grenze eine Grenze der Einflusszonen machen.

Die Vielfalt, Attraktivität und Ausgewogenheit der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen kann die Grenze davor schützen. Sie sind bereits zahlreich vorhanden, daher ist es umso wichtiger, auf ihre Qualität zu achten.

Verbindungen und Errungenschaften sind dauerhaft, wenn sie in ihren Fortsetzungen und Verzweigungen inspirierend wirken. Die deutsch-polnischen Beziehungen müssen begeistern. Dies kann zum einen durch systematische, zuverlässige und umfassende Informationen über sie gefördert werden, wobei ständig nach einer publizistisch attraktiven Sprache gesucht

werden sollte. Sonst werden selbst die wichtigsten Geschichten trivial. Statt zu inspirieren, schwächen sie das Interesse.

Aktive Bewohner*innen des immer noch sensiblen Grenzgebietes zwischen Polen und Deutschland wissen, wie dynamisch sein Leben ist, trotz der Entfernung zu den Entscheidungszentren beider Länder, obwohl es sich in beiden Ländern um Provinzen handelt.

Dieses Wissen ist jedoch im Raum des Grenzgebietes und sogar in seinen einzelnen Regionen verschlossen, obwohl das gesamte Grenzgebiet durch gemeinsame Probleme verbunden ist, gemeinsame Probleme, die in allen Grenzgebieten des Schengen-Raums zu finden sind.

Das alltägliche praktische Wissen über das Grenzgebiet, und, im weiteren Sinne, über die Oder-Partnerschaft, sollte die gesamte Region und die Gesamtheit deutsch-polnischer Beziehungen umfassen, von genau diesem empfindlichen Punkt aus betrachtet. Es würde den Informationsraum, in dem sich unter anderem die Zeitschrift „Dialog“, die polnische Redaktion der Deutschen Welle oder der Newsletter der Oder-Partnerschaft befinden, ergänzen.

PS. Zum Schluss kommt noch eine weitere Binsenweisheit: Informationsmangel ist eine Quelle der Desinformation.

+++ IMPRESSUM +++

Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Energie
und Betriebe



Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Referat Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit
Martin-Luther-Straße 105 | 10825 Berlin
Telefon: +49 30 9013-0 | Fax: +49 30 9013-8528
www.berlin.de/sen/wirtschaft/

Ansprechpartner SenWEB | Oder-Partnerschaft:

- Marta Szafrńska | E-Mail: marta.szafranska@senweb.berlin.de
Telefon +49 30 9013 8420

Mit Unterstützung des externen Netzwerkmanagements der Oder-Partnerschaft:

- LoeschHundLiepold Kommunikation GmbH, Berlin

Newsletter im Internet und Portal der Oder-Partnerschaft:

www.oder-partnerschaft.eu

Redaktion und Gestaltung:

LoeschHundLiepold Kommunikation GmbH, Berlin

the place to be.



An- und Abmeldung für den E-Mail-Verteiler unter:

www.oder-partnerschaft.eu/an-abmeldung_zum_newsletter.php

Veröffentlichung:

Juni 2020

Bildnachweis:

- | | |
|-----------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|
| S. 1 – Maciej Mieczkowski | S. 5 – STS GmbH, Rostock |
| S. 2 – Ministerium der Finanzen und für Europa | S. 7 – Hoffotograf/Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Energie und Betriebe |
| S. 3 – Maciej Mieczkowski | S. 8 – yeti88/Depositphotos.com |
| S. 4 – Business Location Network | S. 9 – Stadtverwaltung Breslau |
| S. 5 – Luxigon, heneghan.peng.architects,
Berlin, 2017 | S. 10 – TKKurikawa/Depositphotos.com |